

Politische Landschaft der Schweiz : Schweiz 2011 : allein, zerstritten, erfolgreich, bedrängt und benieden

Autor(en): **Ramseyer, Niklaus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **38 (2011)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909586>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweiz 2011: Allein, zerstritten, erfolgreich, bedrängt und benieden

Die politische Schweiz rückt nach rechts. Die Rückbesinnung auf Selbstbestimmung ist wieder gefragt, die Freude über eine Öffnung verfliegen. Aber der Erfolg gibt dem autonomen Sonderfall Schweiz vielfach recht. Eine politische Standortbestimmung zum Anfang des Wahljahrs 2011.

Von Niklaus Ramseyer

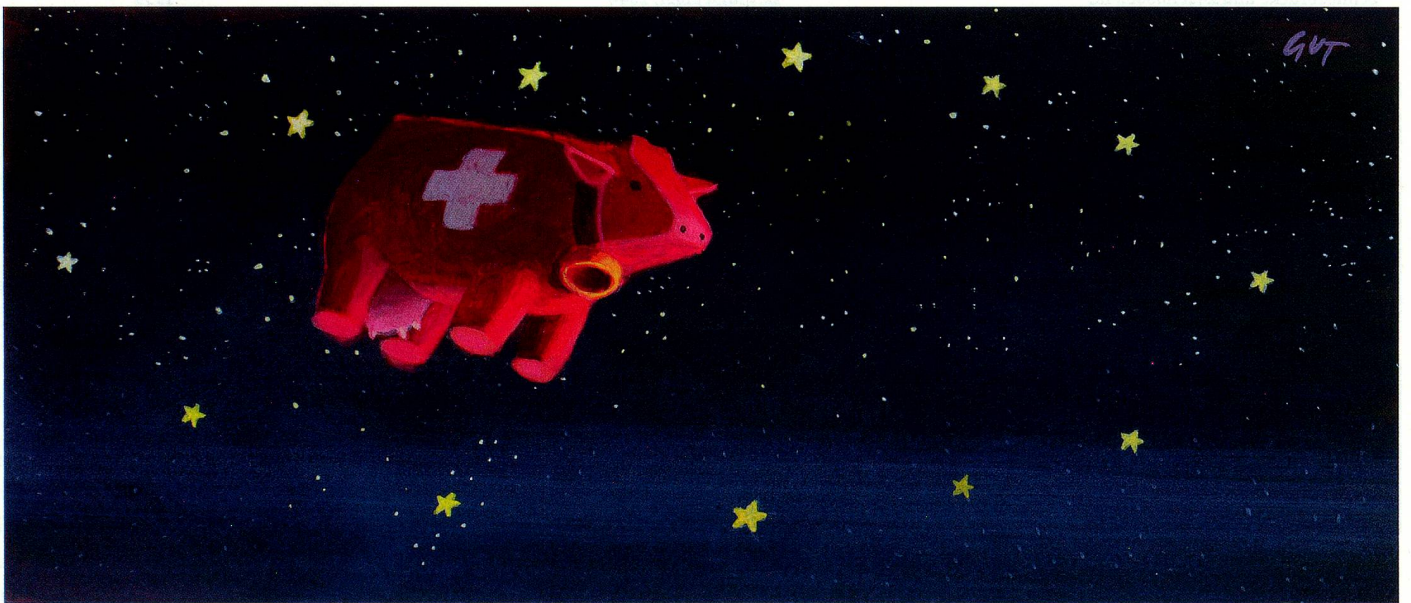
Die starke SVP wird rechts aussen noch etwas stärker. Grüne und SP müssen links zurückstecken. Die CVP bricht ein. Und in der Mitte machen sich die Grünliberalen immer breiter. So lautete das Resultat der ersten Erhebung des Wahljahres 2011 zur Schweizer Parteienlandschaft vom Januar. Konkret konnte sich die rechte Volkspartei gemäss dem «Wahlbarometer» des Berner GfS-Instituts auf den historischen Rekordwert von 29,8 Prozent Wähleranteil steigern. Links drüben sackten derweil die SP auf 18 und die Grünen auf 8,8 Prozent ab. Die FDP blieb in der Mitte mit 17,7 Prozent stabil. Die neue Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) um Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, die sich 2008 von der SVP abgespalten hatte, kam noch gerade auf 2,6 Prozent. Die Grünliberalen (GLP) hingegen machten einen Sprung auf 5,2 Prozent. Und die CVP brach

regelrecht ein auf noch gerade 12,9 Prozent. Bei einer Fehlerquote von 2,2 Prozent sind die meisten dieser Verschiebungen eher als Tendenzen zu werten. Die Berner Politforscher bilanzierten dennoch: «Gegenüber dem Wahlbarometer im Herbst 2010 hat sich ein markanter Rechtsruck ergeben.»

Auch gegenüber den letzten Wahlen von 2007: Da hatte die SVP schon historische 28,9 Prozent erreicht. Und die SP war auf 19,5 Prozent geschrumpft. Die Grünen waren damals auf fast 10 Prozent gekommen. Zwischen diesen beiden «Polen» von je knapp 30 Prozent hatten sich in der Mitte CVP (14,5) und FDP (17,7) die restlichen 40 Prozent der Wählerschaft mit kleinen christlich-bürgerlichen Parteien geteilt. Die Grünliberalen hatten 1,4 Prozent erreicht – und drei Sitze im Nationalrat. Das Wahljahr 2007 endete im Dezember mit einem bun-

despolitischen Paukenschlag: Der Zürcher SVP-Bundesrat Christoph Blocher wurde nach vier Jahren in der Landesregierung überraschend abgewählt und die Bündner SVP-Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf – knapp zwar, aber doch – in den Bundesrat gehievt. Das führte zu gehässigen Debatten und parteipolitischen Zerwürfnissen: Die SVP schloss Widmer-Schlumpf und ihre ganze Bündner Sektion aus der Partei aus. Und schliesslich gründete sich vorab in Graubünden, in Glarus und in Bern die neue Bürgerlich Demokratische Partei (BDP).

Grünliberale füllen Marktlücke in der Mitte
Damit bedrängen sich in der «bürgerlichen Mitte» nun zwei grosse und vier kleine Parteien, die zusammen auf 42 Prozent Wähleranteil kommen. Nebst den Bundesratsparteien FDP (17,7 Prozent und zwei Bundesräte)



und CVP (12,9 Prozent und eine Bundesrätin) gibt es da noch die politisierten Protestanten von der Evangelischen Volkspartei (EVP) und die rechts aussen stehende Eidgenössisch Demokratische Union (EDU).

Massiven Zuwachs verbuchen in diesem Gedränge die Grünliberalen (GLP), die im Wahlbarometer jetzt über 5 Prozent erreichen. Da hat sich eine Marktlücke aufgetan, in der ökologisch bewusste und besorgte Bürgerliche einen politischen Ansprechpartner finden. Die GLP will Deregulierung und die liberale Marktwirtschaft weiterführen. Einen Riegel schieben möchte sie aber der unfairen Konkurrenz auf Kosten der Natur, die sich nicht wehren kann. Um dies zu erreichen, ist sie punktuell auch für vermehrte staatliche Intervention zu haben. Und ihr Programm findet Zuspruch.

BDP kommt nicht vom Fleck

Ganz anders die BDP: Mit nicht mal 3 Prozent bietet sie in der Konkordanz eigentlich keine Basis mehr für einen der sieben Sitze im Bundesrat. Bei der Gesamterneuerungswahl der Landesregierung im Dezember dürfte «EWS», wie Eveline Widmer-Schlumpf inzwischen in Bern genannt wird, trotz allgemein anerkannter guter Leistung kaum in ihrem Amt bestätigt werden.

Die SVP erhebt mit fast einem Drittel der Wählerstimmen zu Recht längst Anspruch auf zwei Bundesratssitze. Ihren zweiten – neben dem derzeitigen von Ueli Maurer – dürfte sie von Bundesrätin Widmer-Schlumpf holen. Die Partei von Christoph Blocher, der im Herbst auf der Zürcher SVP-Liste erneut für den Nationalrat kandidieren könnte, hat die Abspaltung der BDP ganz offensichtlich gut verkräftet. Sie mobilisiert die Wählerschaft im rechten Drittel des politischen Spektrums jetzt fast exklusiv für sich. Die SVP motiviert dabei eher bisherige Nichtwähler aus dem grossen Reservoir der rund 50 Prozent der Wahlabsentisten in der Schweiz, als dass sie anderen Parteien Wählende abwirbt.

SVP mit Geld und Themen voraus

Drei Kernelemente sind für Wahlerfolge von besonderer Bedeutung: Themen, Köpfe und

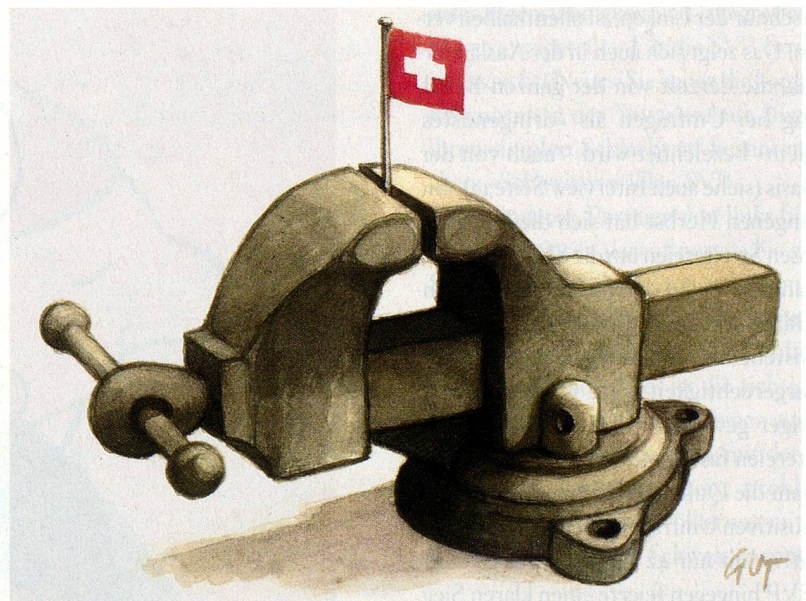
Finanzen. Die SVP ist nur in einem schwach: Sie hat vielerorts nur wenige profilierte Persönlichkeiten. In den anderen beiden Punkten ist die SVP ihrer Konkurrenz hingegen weit voraus. Vor allem beim Geld. Es gibt diesbezüglich zwar immer noch keine Transparenz. Schätzungen gehen indes davon aus, dass die Partei, der Millionäre und Milliardäre wie Christoph Blocher oder Walter Frey angehören, in den Wahlkampf 2011 locker zwischen 15 und 20 Millionen Franken investieren wird. Das ist zehnmal mehr als die Sozialdemokraten, die mit einem Budget von etwa 1,5 Millionen rechnen. Und immer noch ein Vielfaches der bürgerlichen Konkurrenz der SVP: CVP und FDP melden selber Kriegskassen mit je 2 bis 3 Millionen Inhalt an.

In ihrem permanenten Wahlkampf bewirtschaftet die SVP geschickter als ihre Konkurrenz zwei populäre Themen: Migration, Ausländer, Asyl und Flüchtlinge einerseits; und andererseits das Verhältnis der Schweiz zur EU. Die Partei hat mit der überraschenden Annahme ihrer Initiativen gegen Minarette und für die automatische Ausschaffung krimineller Ausländer seit den letzten Wahlen Mehrheiten für ihre Politik finden können. Sie versucht mit der einfachen Lösung «Wer nicht in die EU will, wählt SVP» alle anderen Parteien in die Defensive

zu drängen. Das gelingt ihr auch bei der zweitgrössten Partei, der SP: Deren Basis reagiert gemäss Umfragen auf beide SVP-Themenkreise durchaus sensibel. Die Sozialdemokraten haben sich Ende letzten Jahres ein neues, klar links profiliertes Programm gegeben.

Die SP sei nun «wieder eine anerkannte Themenpartei in sozialen und wirtschaftlichen Fragen», stellen die Forscher vom GfS-Institut fest. Sie könne den Rechtsrutsch «kontern». Dazu müsste die Partei aber bis im Herbst potenziell linke bisherige Nichtwähler mobilisieren können.

Nur: Das fast kritiklose Ja der SP zur EU und die im neuen Programm erneut bekräftigte Forderung nach einem raschen Beitritt der Schweiz irritieren breite Schichten von Werktätigen mit tieferen Einkommen, die eigentlich die klassische SP-Kundschaft wären. Ein Vorschlag der Jusos, vor einer neuen Beitrittsdebatte doch wenigstens «Voraussetzungen» etwa bezüglich direkter Demokratie oder sozialer Standards in der EU zu formulieren, hatte jedoch keinen Erfolg. Die Forderung der Partei nach «Überwindung des Kapitalismus», wurde – obwohl keinesfalls neu – überall zitiert. Sie steht auch im schroffen Gegensatz zur EU, die stark auf Freiheit des Kapitals und Wirtschaftsliberalismus ausgerichtet bleibt.



Inzwischen dämmert es immerhin den Schweizer Gewerkschaften, dass die EU unter dem positiven Titel «Personenfreizügigkeit» einem neuen, europaweiten Proletariat unterbezahlter Wanderarbeiter Vorschub leistet: Gewerkschaftsbund und Unia, die grösste Gewerkschaft der Schweiz mit rund 200 000 Mitgliedern, warnten Anfang Februar davor, dass «der Europäische Gerichtshof gegen den Arbeitnehmerschutz» urteile. Im Dienste der Unternehmer hebelten die EU-Juristen das flankierende Prinzip aus, wonach «in der Schweiz Schweizer Löhne bezahlt werden» müssen.

In der Sicherheitspolitik hatte die SP-Führung auch jahrelang einseitig auf Öffnung und grenzüberschreitende Militärkooperation gesetzt. Neutralität und Landesverteidigung wollte die Partei abbauen zugunsten einer kleinen, professionellen Interventionstruppe. Am Programm-Parteitag von Lausanne wurden diese Sandkastenspiele linker Schreitisch-Generäle im letzten Herbst dann abrupt gestoppt: Mit klarer Mehrheit votierte die Parteibasis kurzerhand für die Abschaffung einer solchen Armee. Politologen stellen inzwischen generell fest: «Internationale Kooperationsvorstellungen» seien in der Schweiz halt nicht mehr attraktiv.

Reaktion auf SVP statt eigene Aktion

Die Öffnungseuphorie, jahrzehntelang die Richtschnur der Linken, ist allenthalben verfliegen. Das zeigt sich auch in der Ausländerpolitik, die derzeit von der ganzen Bevölkerung bei Umfragen als «dringendstes Problem» bezeichnet wird – auch von der SP-Basis (siehe auch Interview Seite 12). Im vergangenen Herbst hat sich die Partei in endlosen Streitereien um die SVP-Ausschaffungsinitiative und den freisinnigen Gegenvorschlag verheddert. Ihr eigenes, gleichzeitig anstehendes Volksbegehren für mehr Steuergerechtigkeit wäre eigentlich weit wichtiger gewesen – doch ging es ob der Streitereien fast vergessen. Am 28. November kam die Quittung: Trotz zwischenzeitlich positiven Umfragewerten wurde die SP-Initiative mit nur 42 Prozent Ja abgelehnt. Die SVP hingegen feierte einen klaren Sieg.

Und die SP hatte doppelt verloren.

Den bürgerlichen Konkurrenten der SVP in der Mitte geht es derweil nicht viel besser: Mit populären bis populistischen Themen treibt die gut organisierte Blocher-Partei die FDP und die CVP vor sich her. Beide schwanken dauernd zwischen Abgrenzung von der starken Rechtspartei und Nachahmung ihrer Positionen – etwa in der Ausländerpolitik. Die FDP probiert jetzt noch mit einer Initiative «Gegen die Bürokratie» zu punkten. Die CVP hat eine noch nicht klar definierte Familien-Initiative angekündigt.

Scheinprobleme als Wahlmotoren

Volksbegehren werden seit einiger Zeit immer häufiger zu marginalen Problemen lanciert, die populär, emotional und gut vermarktable sind. Auch hier ist die SVP Vorbild. Die Parteien terminieren solche Initiativen möglichst geschickt auf die Wahlen hin. Sie dienen ihnen dazu, Gesprächsstoff zu liefern, ihre Basis zu mobilisieren und ihre Kandidaten zu profilieren.

Frappantes Beispiel dafür ist die Minarett-Initiative. Sie richtet sich willkürlich gegen Sakralbauten nur einer Religion. Sie löst kein Problem im Zusammenhang mit zunehmend totalitären Tendenzen der Religionen. Und sie findet dennoch eine Mehrheit. Ganz ähnlich die Ausschaffungsinitiative, die nach ih-

rer Annahme nun gleich juristisch «repariert» werden muss.

Von links lancierten die Armeegegner mit der Waffeninitiative ein ebenso marginales Thema, das sich vor den Wahlen gut ausschlagen liess. Auch dieses Volksbegehren zielte willkürlich auf einen möglichst emotional aufgeladenen Teil des Problems: Auf die Waffen der Milizsoldaten, die keine zehn Prozent der Kleinwaffen in der Schweiz ausmachen. Solche Manöver sind mit ein Grund dafür, dass im letzten halben Jahr vor Wahlen meist keine Sachabstimmungen mehr stattfinden. Auch dieses Jahr ist vor dem 23. Oktober kein Urnengang mehr geplant.

Bei den meisten Abstimmungen geht es allerdings durchaus um wichtige Fragen. Wahlen sind in der ausgebauten, direkten Demokratie Schweiz nur eine Möglichkeit der politischen Mitbestimmung: Sachabstimmungen auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene erscheinen vielen Stimmberechtigten weit wichtiger. Eine vor Kurzem publizierte Umfrage zeigt, dass viele Stimmberechtigte fast nie wählen gehen, aber bei jeder Gelegenheit abstimmen.

Politik in der Defensive

Im 40. Jahr nach der Einführung des Frauenstimmrechts rechnen kritische Schweizerinnen zudem vor, dass der Nationalrat, der



am 23. Oktober neu bestellt wird, das Volk erschreckend selektiv repräsentiere: Mit 104 von 200 Stimmen ist in der Volksskammer zum Beispiel die Minderheit der Unternehmer massiv übervertreten – die Führungsetagen grosser Firmen mit 88 (oft gleich mehrfachen) Verwaltungsräten im Nationalrat erst recht. Die Frauen sind in beiden Räten auch heute noch krass in der Minderheit. Das schreckt ab: «Vor allem jüngere Frauen interessieren sich offenbar kaum mehr für Politik», stellen Forscherinnen enttäuscht fest.

Ganz allgemein ist in der Schweiz die Politik in den letzten Jahren in die Defensive geraten – insbesondere gegenüber der Wirtschaft. Das zeigte sich besonders krass in der Bankenkrise, als der Bundesrat in einer Handstreichaktion fast 70 Milliarden Franken bereitstellte, um die UBS zu retten. Mit der Grossbank sei auch das ganze Land in Gefahr, wurde der staunenden Bevölkerung danach erklärt. Das Parlament konnte die Sache nur noch absegnen. Vor der US-Regierung ging der Bundesrat in die Knie und unterschrieb einen illegalen Vertrag. Gegen das oft beschworene «Klumpenrisiko», das von schlecht reglementierten Spekulationsbanken ausgeht, unternahm die Politik danach kaum etwas. Die direkte Demokratie blieb bei alledem aussen vor. Solche

Machenschaften verbreiten im Volk Ohnmachtsgefühle. Allerdings ist die Schweiz verglichen mit anderen Staaten erstaunlich gut aus der Krise herausgekommen. Trotz gefährlich starkem Schweizer Franken legte die Schweizer Exportwirtschaft letztes Jahr schon wieder um 7 Prozent zu. Und während sich unzählige andere Länder – bis hin zur militärisch immer noch gefürchteten Supermacht USA – gefährlich dem Bankrott nähern, verbucht die Eidgenossenschaft Überschüsse im Milliardenbereich.

Autonomie wieder wichtiger

Für die meisten Schweizerinnen und Schweizer verdichtet sich damit der Eindruck, dass die lange als «Alleingang» und als «Blochers Politik der Isolation» kritisierte Selbstbestimmung des Landes trotz aller Probleme entscheidende Vorteile hat. Die Politologen stellen fest: «Entstanden ist so eine hohe Zuversicht in die Fähigkeit der Schweiz, sich selbst zu behaupten.»

Verstärkt wird diese Tendenz durch die Erfahrung, dass die nun allmählich überstandene, gefährliche Krise durch grosse globalisierte Banken «importiert» worden war. Und dass sie im Land vorab jenen wichtigsten Teil der Wirtschaft geschädigt und bedroht hat, der KMU-mässig nach dem Prinzip «aus der Region für die Region» arbeitet.

Nun stellen die Berner Forscher fest: «Die Schweiz hat die Folgen der globalen Finanzmarktkrise relativ gut gemeistert, jedenfalls besser als viele andere Staaten.»

Und besser als die EU: Dies denken mehr und mehr Schweizerinnen und Schweizer auch in oberen Einkommensschichten und in Kreisen mit höherer Bildung. In der Synthese des ersten offiziellen Wahlbarometers in diesem Jahr steht: «Ideologisch wird die Schweiz zusehends durch Identitätsfragen scharf polarisiert, bei denen sich die nationalkonservative, beschränkt auch national-liberale Vorstellung durchsetzt.»

Das drängt vorab die bürgerlichen Mitteparteien in die Defensive. FDP und CVP distanzieren sich nun offen oder versteckt von ihren früheren Bekenntnissen zum baldigen EU-Beitritt oder zu einer verstärkten Nato-Partnerschaft. Beide hoffen, dass solche Minderheitenprogramme der Aussenpolitik nicht auch noch zu einem Wahlkampfthema werden. Doch die SVP spielt die EU-Karte im gewandelten Klima gnadenlos aus, das durch neuen Stolz auf die vergleichsweise erfolgreiche Schweiz geprägt ist. Im Kanton Bern zog der SVP-Kandidat für den Ständerat mit der knappen Formel in die Schlacht, ihn müsse wählen, «wer nicht in die EU will».

Politologen folgern nach vertieften Studien: «Klimatisch wird die Schweiz vor allem durch den Wertegegensatz zwischen nationaler Eigenständigkeit und Integration nach aussen zweigeteilt.» Für die SVP-Strategen ist das nichts Neues: Sie haben die komplexen Erkenntnisse der Wissenschaft längst auf ihren simplen Schlachtruf heruntergebrochen: «Schweizer wählen SVP.»

Die anderen Parteien von links bis halbrechts reagieren darauf nervös bis gereizt. Sie wissen wohl, dass sie da auf einem Felde angegriffen werden, das sie lange vernachlässigt und populistischen SVP-Politikern überlassen haben: Dies ist die richtige Einschätzung und Würdigung jener ausgeklügelten, direkten Demokratie mit der multikulturellen und doch meist problemlos zusammenlebenden Bevölkerung mitten in Europa, die sich «Die Schweiz» nennt.

